

Staatshaushalt

Der Staatshaushalt umfasst alle Einnahmen und Ausgaben der öffentlichen Hand. In Österreich sind dies der Bund, die Bundesländer und die Gemeinden sowie die gesetzlichen Sozialversicherungen. Daneben gibt es Betriebe, die zwar zu 100% der öffentlichen Hand gehören, aber eine eigene Haushaltsrechnung haben: z.B. die Österreichischen Bundesbahnen, der Autobahnbetreiber ASFINAG, die Bundes-Immobilien-Gesellschaft, etliche Landes- und Gemeindespitäler sowie die verstaatlichten Banken. Sie sind im Staatshaushalt nicht berücksichtigt, wohl aber in der Berechnung der Staatsschulden, soweit Bund, Länder und Gemeinden für diese Betriebe haften.

Im Jahr 2012 betragen Österreichs Staatseinnahmen 151 Mrd. Euro. Das waren 48,7% des Bruttoinlandsprodukts. Den Löwenanteil, mehr als 90%, machten Steuern und Sozialbeiträge aus.

Was zählt zu Steuern?

(1) Lohn- und Einkommensteuern; (2) Steuern auf gewerbliche Tätigkeiten, insbesondere die Körperschafts- und die Gewerbesteuer; (3) Verbrauchs- und Konsumsteuern, vor allem die Mehrwert-, Mineralöl- und die Kfz-Steuer; (4) Steuern auf Einkünfte aus Sparanlagen und Finanzvermögen; und schließlich (5) Sondersteuern wie die Bankenabgabe, die oder die Gemeindeabgabe für das Halten von Tieren.

Die Sozialbeiträge umfassen alle Beiträge von Arbeitgebern und Arbeitnehmern zur Unfall-, Kranken- und Pensionsversicherung, zur Arbeitslosenversicherung, zum Familienlastenausgleichsfonds und für Zwecke der Wohnbauförderung.

Darüber hinaus hat der Staat Einnahmen aus Zoll-Abgaben, aus diversen Gebühren (z.B. für das Ausstellen eines Passes) sowie aus den ausgeschütteten Gewinnen jener Betriebe, an denen der Staat beteiligt ist. Dazu gehören z.B. die Oesterreichische Nationalbank, etliche Energieversorger, die österreichischen Lotterien und die Post.

Staatsausgaben machen mehr als 50 Prozent des BIP aus

Auf der anderen Seite der Bilanz stehen die Staatsausgaben. 2012 gaben Bund, Bundesländer und Gemeinden in Summe 159 Mrd. Euro aus. Das waren 51,2% des BIP.

Der mit Abstand größte Posten sind die Sozialausgaben, die 41% des Staatshaushalts ausmachen. Das sind vor allem Pensionen, aber auch Familienbeihilfen, Arbeitslosengelder und Wohnbaubeihilfen. Weitere 15% entfallen auf Gesundheitsausgaben. Ein weiterer großer Posten sind die Zinsen auf die Staatsschuld: 2012 machten sie 9,7 Mrd. Euro und damit bereits etwas mehr als 6% aller Staatsausgaben aus.

Die Differenz zwischen höheren Staatsausgaben und etwas geringeren Einnahmen ist das Haushaltsdefizit. Im Jahr 2012 hatten trotz deutlich steigender Steuereinnahmen (+4,6% gegenüber 2011) ein staatliches Defizit von rund 8 Mrd. Euro bzw. 2,5% des BIP. Die

gesamte aus der Vergangenheit aufgehäufte Staatsschuld betrug Ende 2012 227 Mrd. Euro. Das waren 73,4% des BIP.

Rechnet man allerdings alle vom Staat garantierten Pensionen, Gesundheitsleistungen und Verbindlichkeiten von Unternehmen – von der Alpine bis zur Hypo Alpe Adria – dazu, dann gibt es eine implizite Staatsschuld, die deutlich größer ist als die im Staatsbudget ausgewiesene Summe.